„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ebmann,
Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark,
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten [illegible] pro Zeile einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt. Unter „Stellen gesucht", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige bis zu einer Zeile einspaltig [illegible] für jede weitere Insertion 50c. Für jede Anzeige über einspaltig $1.50, für jede weitere Insertion 90c.

„Korruption"!

Der von R. E. A. Leech, dem Vorsitzenden der Saskatchewan Liquor Commission, gegen eine Zeitung in Regina angestrengte Beleidigungsprozeß endigte, wie an anderer Stelle mitgeteilt, mit einer glatten Ablehnung der Klage. Damit können aber auch zugleich die gegen den Kläger erhobenen Vorwürfe als sittlich haltlos und berechtigt angesehen werden. Wenigstens in das die Auffassung des Gerichtes, das sich dabei auf eine Unmenge von Beweisen stützen kann.

Es wäre überflüssig, dem Prozeß einen eigenen Leitartikel zu widmen, wenn es sich dabei nur um den Prozeß handeln würde, der von Ar angeklagten und auch freigesprochen Zeitung bisher lediglich als Reklamemittel behandelt wurde. Aber da im Mittelpunkt der Gerichtsverhandlungen ein Mann stand, der im öffentlichen Leben der Provinz Saskatchewan eine einflußreiche Rolle spielte, der als eine Hauptstütze des jahrelang hier üblichen Prohibitionistenunwesens zu gelten hatte, der eine Kommission mit öffentlich rechtlichen Befugnissen verwaltete, sind doch einige ernste Worte angebracht.

Kurzsichtige und fanatisch gesinnte Menschen sind in solchen Fällen wie der Leech-Affäre nur zu gern und zu schnell bereit, ein großmächtiges Geschrei über die „herrschende Korruption", über die in der Politik vorhandene „Fäulnis" anzustimmen und die Schuld dafür der jeweiligen Regierung in die Schuhe zu schieben. Wie steht es mit der unseren Berechtigung solcher Vorwürfe? Wir sagen: Jawohl, es liegt eine Korruption vor, aber man muß die Verantwortung dafür dort suchen, wo sie wirklich zu finden ist, nämlich in dem System der Prohibition. Das ist der Sumpfboden, auf dem allein jene Sumpfpflanzen gedeihen können, die uns in der Bootleggerei und allem, was damit zusammenhängt, entgegentreten. Die Schuld trifft ferner jene, die auf Konventionen der Grain Growers, der Schultrustees usw., die aus sektiererischem Fanatismus oder aus persönlichen Profitinteressen heraus die Prohibition immer wieder unterstützt haben, obwohl sie von Anfang an oberfaul war. Auch jene englischen Zeitungen, die aus kuieschlotternder Angst vor der Schar der Fanatiker lange keinen energischen Stoß gegen die Korruption des völligen Alkoholverbotes wagten, dürfen sich an der Nase nehmen. Erst als sie merkten, daß die Bevölkerung selbst sich gegen die erzwungene Trockenheit aufbäumte, traten sie aus ihrer passiven Haltung heraus. Der „Courier" darf demgegenüber das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß er als einziges Blatt von ganz Saskatchewan einen rücksichtslosen Kampf gegen ein System geführt hat, das die Parasiten fett, mit Gewalt züchtete und eine neue Art von moralischer Verkommenheit entstehen ließ. Mit ziemlicher Sicherheit darf man darauf rechnen, daß in der nächsten Zeit Leute, die im Herzen Prohibitionsfreunde sind, mit der heuchlerischen Maske der Prohibitionsgegner durch das Land ziehen werden, um den erstaunten Wählern zu sagen, daß die Regierung an den aufgedeckten Mißständen die Schuld trage. Wir haben soeben die Schuldfrage klar beantwortet, möchten dem aber hinzufügen, daß, die Kommission des Herrn Leech eine unabhängige Institution war, die der Regierungskontrolle entzogen war. Folglich kann die Regierung keine Verantwortung in dieser Beziehung treffen. Das festzustellen, ist eine Pflicht der Wahrheit. Ja noch mehr. Als das Urteil bekannt geworden war, beeilte sich Attorney General Cronkhite die Ernennung des R. E. A. Leech zum Vorsitzenden der Saskatchewan Liquor Commission zurückzuziehen oder mit anderen Worten ihn seines Amtes zu entheben. Damit ist für jeden vernünftigen Menschen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung jede Beziehung zu einem Manne ablehnt, der vor der Oeffentlichkeit unmöglich geworden ist.

Doch die Affäre hat noch eine andere Seite, die uns sogar als weit wichtiger als alles Gerede über Korruption und Regierungsschuld zu sein scheint. Es gab nämlich Leute in Saskatchewan, unter ihnen wiederum besonders die Grain Growers, die sich nicht genug tun konnten mit dem Rufe nach einer unparteiischen Verwaltung, nach der Errichtung von amtlichen Stellen, die dem unmittelbaren Einfluß der Regierung und des Parlamentes entzogen und so von parteipolitischen Gesichtspunkten frei sein sollten. Wohin ein solches System unabhängiger und unverantwortlicher Kommissionen führt, dafür ist die Affäre Leech ein sprechender Beweis. Sie ist aber auch, oder sollte wenigstens sein eine scharfe Warnung für die Zukunft. Wozu wählt das Volk seine Abgeordneten in die Legislatur, wozu haben wir parlamentarisch verantwortliche Minister, wenn man auf der anderen Seite gewissen Kommissionen gestattet, auf eigene Faust zu schalten und zu walten? Wozu haben wir ein Parlament, das in einem demokratischen Staatswesen die höchste Instanz sein soll, wenn außerparlamentarische Kräfte über die Parteien und die gewählten Volksvertreter hinweg in die Verwaltung eingreifen dürfen? Auch das muß hier ausgesprochen werden. Denn die Konventionen von Farmerorganisationen, von Schultrustees und anderen Körperschaften haben in Westcanada schon mehr als einmal ihre unheilvollen Einflüsse nach dieser Richtung hin geltend machen können.

Hier liegen Abirrungen vom geraden Wege einer gesunden Demokratie vor, die das System einer verantwortlichen Volksregierung unterhöhlen müssen. Dafür sorgen aber ohnehin andere Kräfte in der Welt. Ja manchmal könnte es sogar scheinen, als ob die Leichenträger der Demokratie bereits vor der Türe stehen würden.

Kannst du den Nebeln nicht entfliehen,
Die grau und düster Dich umziehen,
Gehe nur ruhig in ihnen weiter,
Es wird für Dich schon einmal heiter!

Etwas zur Erheiterung

Obwohl die Politik im allgemeinen eine bitterernste Sache ist, sorgen doch von Zeit zu Zeit einige Liebesgeschichte, die sich einbilden, das Gras wachsen zu hören, für die nötige Erheiterung. Den Stoff dafür liefern hierzulande namentlich jene ängstlichen Gemüter, denen bereits die Gänsehaut auflauft, wenn sie nur etwas von „Foreigners" oder gar von den noch gefährlicheren „Germans" hören. Wir hätten uns vor unserem Gewissen niemals für so schlecht gehalten, wenn uns nicht durch liebenswürdige Mitbürger anderer Herkunft während der letzten 10 Jahre immer wieder unsere teuflische Bosheit vor Augen gehalten worden wäre. Ein besonders aufnahmefähiger Boden für solche Hergensergüsse ist stets das „Edmonton Journal", das sich zwar als Weltblatt von Westcanada dünkt, aber anscheinend eine Leserschaft von sehr engbegrenztem geistigen Horizont hat. Nachdem „abgehackte Kinderhände", „gekreuzigte Canadier" und andere teutonische Grausamkeiten nicht einmal mehr bei unseren edlen britischen Freunden Zugkraft besitzen, müssen andere Dinge herhalten.

Da phantasiert beispielsweise in der Nummer vom 2. März das „Edmonton Journal" ein gewisser F. W. Philpot von Blue Ridge in Alberta über den chemischen Luftkrieg der Zukunft, vor dem Frankreich eine so entsetzliche Angst habe. | Da helfe kein Versailler Vertrag und kein militärisches Bündnis mit Amerika und Großbritannien. Denn ohne jede Kriegserklärung könne Deutschland in wenigen Stunden über Frankreich herfallen. „Nicht einmal die hochgepriesene „League of Nations", der Völkerbund, könne etwas gegen den chemischen Luftkrieg unternehmen. Der Russe Tschitscherin habe sogar einmal die Frechheit gehabt, den Völkerbund als die „Mobilisation der Machtlosen" zu verhöhnen. Wenn man nicht die menschliche Natur zu ändern vermöge, müsse man wenigstens Deutschland durch eine überlegene Macht niederhalten. — Nun fährt der werte Zeitgenosse wörtlich folgendermaßen weiter:

„Was ist mein Ziel? Ich will das Volk aus jener Gleichgültigkeit aufrütteln und ihm die Dinge zeigen, wie sie sind, damit es die politischen Banditen niederschlage, die unser Land ausbeuten und ein Saatbeet für den Bolschewismus vorbereiten, der wohlgemerkt eine deutsche Ausfuhrware ist. Der Bolschewismus hat bereits ein großes Reich zerstört und er wird heute mit Hilfe Deutschlands dazu benützt, das britische Reich und Frankreich zu schwächen, damit, wenn „der Tag" kommt, wir zu einer leichten Beute werden. . . . „Mein Herr", sagte Dr. Johnson, „es konzentriert den Geist eines Mannes in wunderbarer Weise, wenn er weiß, daß er in vierzehn Tage gehängt wird. „Laßt uns unseren Geist auf diese Sache konzentrieren, auf diesen Bolschewismus und den deutschen Krieg und stets daran denken, daß es ein Kampf bis zum Ende sein wird. Wehe uns, wenn wir unterliegen!"

Soweit Herr F. W. Philpot im „Edmonton Journal". Es ist überflüssig, auf diese lächerliche Deutschenhetze auch nur ein Wort der Verteidigung zu sagen. Denn wenn es in Canada und in den Ver. Staaten so etwas wie Bolschewismus gibt, dann sind fürwahr andere Ursachen dafür vorhanden, wie deutsche Propaganda. Ja man kann sogar ruhig behaupten, daß Deutschland noch das einzige Land in Europa ist, das dem Bolschewismus seit der Revolution im Jahre 1918 einen wirksamen Damm entgegengestellt hat.

Im übrigen danken wir dem Herrn Philpot von Blue Ridge in Alberta für die kostenlose Erheiterung, die er uns bereitet hat.

Marschall Foch leidet an bösen Träumen

Sieht ein Aufstehen des deutschen „Militarismus" in greifbarer Nähe.

In dem Gutachten, das Marschall Foch als Vorsitzender des Alliierten Kriegskomitees dem Botschafterrat zustellen ließ, erklärte dieser, der Bericht der Militärkontrollkommission lasse ersehen, daß die Deutschen in ihrem Entschluß beharren, einen vollständigen Generalstab für eine Armee zu unterhalten, wie sie vor 1914 bestand. Ferner spricht das Komitee die Meinung aus, Deutschland bilde zu diesem Zwecke nicht nur Offiziere und Unteroffiziere aus, sondern es bilde unter allen möglichen Deckmänteln genügend junge Leute aus, um ein starkes, kampffähiges Heer mobil machen zu können, wenn immer es dies wünsche.

In dem Betunde, der von dem Botschafterrat in Erwägung genommen wird, erklärt das Komitee, dies sei von größerer Bedeutung als die Entdeckung unautorisierten Kriegsmaterials, wenngleich das Vorhandensein von gesetzwidrig hergestellten Gewehren, Maschinengewehren und Geschützteilen den Ernst der Lage verschärfe.

Das Komitee nimmt in seinem Gutachten Bezug auf nähere Einzelheiten des Berichts der Militärkommission und erwähnt hier bei, in Stahlwerken habe man geheime Werkstätten entdeckt, die durch Mauerwerk vor den Augen Unberufener verborgen würden. Dort seien Modelle und Formen für einen höchst verbesserten Typ von Geschützen aufgestapelt und halbfertige Geschützläufe, die in kurzer Zeit in fertige Kanonen umgewandelt werden könnten. Winke von selten deutscher Pazifisten hätten zur Auffindung vieler Dinge dieser Art geführt, heißt es in dem Bericht, worunter sich mehr neue Gewehre befänden, als zur Bewaffnung des ganzen deutschen Heeres auf der Grundlage des Versailler Vertrags erforderlich seien.

Weiter heißt es in dem Bericht, Information vonseiten gewisser Arbeiter in chemischen Werken habe zur Auffindung überzeugender Beweise geführt, daß die Vorrichtungen zur Herstellung von Giftgas in der Fassung gelassen worden seien, wie sie zu Ende des Weltkrieges bestanden. Hierüber wird weiter erklärt, es bestätige sich damit, daß die Deutschen neue Werke errichtet hätten, die fast augenblicklich zur Herstellung riesiger Mengen der tödlichsten Waffen des Krieges verwendet werden könnten.

In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß der Botschafterrat dieses Gutachten und den Bericht der Militärkontrollkommission einer flüchtigen Erörterung unterziehen wird und daß dann die verschiedenen Regierungen dem Plane zur Einberufung einer Alliierten Konferenz zur endgültigen Erledigung dieser Sache näher treten werden. Diese Konferenz wird, da sie in Brüssel tagen wird, wahrscheinlich erst einberufen werden, nachdem die Wahlen in Belgien stattgefunden haben.

Marschall Foch erklärt in seinem Kommentar, dem alle Komiteemitglieder beipflichten, das von der Kontrollkommission gesammelte Material wirke mehr als durch Darlegung der einzelnen Fälle von Vertragsverletzungen, dadurch beunruhigend, als sich daraus ersehen lasse, daß Deutschland entschlossen ist, den Kriegsgeist zu pflegen. Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit auf die vorgelegten Beweise, daß die Organisierung und die Ausbildung der deutschen Polizei darauf hindeute, daß sie mehr für den Kriegsfall als zur Wahrung der inneren Ordnung dienen soll. Der Bericht erklärt, es sei bedeutsam, daß Deutschland ein Heer unterhalte, das für Krieg ausgerüstet und ausgebildet ist.

Nachdem der Botschafterrat Marschall Foch angehört, ersuchte der Botschafterrat das alliierte Kriegskomitee um Vorschläge, die seiner Ansicht nach geeignet seien, die Abrüstung Deutschlands in Gemäßheit des Versailler Vertrags zu gewährleisten. In diplomatischen Kreisen wurde hierin ein Beweis dafür erkannt, daß etwas geschehen müsse, um Deutschland zu zwingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auch schließt man aus der Promptheit, mit welcher der Botschafterrat vorging, daß die Kontrollkommission Beweismaterial vorgelegt haben mag, welches die Alliierten veranlassen dürfte, energischer zu handeln. Der Bericht wird vollständig veröffentlicht werden. Doch ist der Zeitpunkt hierfür noch nicht festgesetzt.

Die Unterredung, welche der britische Botschafter mit Premier Herriot hatte, soll sich auf eine Zusammenkunft zwischen dem Premier und dem britischen Außenminister Austen Chamberlain bezogen haben, wenn dieser auf dem Wege zur Tagung des Ligarats in Genf Paris passiert.

Auch verlautete, zwischen Frankreich und Großbritannien bestehe völliges Einvernehmen in Betreff der Wichtigkeit der Enthüllungen der Militärkontrollkommission und der Notwendigkeit energischen Vorgehens. Die einzige Verschiedenheit des französischen und britischen Standpunkts soll darin bestehen, daß die Franzosen die ganze Sicherheitsfrage mit der Räumung der Kölner Zone in Verbindung bringen wollen, während die Briten dafür sind, daß die Räumung einzig davon abhängig gemacht werden soll, ob der Bericht ersehen läßt, daß die Deutschen den Vertragsbestimmungen nachgekommen sind.

Weltumschau

Deutschland

Der frühere Reichskanzler Marx, welcher kürzlich von seiner Partei, dem Zentrum, vorgeschoben worden ist, um die Regierungskrise in Preußen zu lösen, hat jetzt die Vorgänge enthüllt, welche zur Auflösung des Reichstags und zum Sturz des von ihm geführten Reichskabinetts geführt haben. Wie bekannt, hatte er sich damals geweigert, sein Kabinett im Sinn der Rechtsparteien umzugestalten, und zwar, wie er jetzt erklärt, aufgrund von Informationen, daß eine solche Entwicklung der Dinge die anderen Mächte mit Besorgnis erfüllt und Deutschlands Interessen schweren Schaden gebracht hätte. Er habe, so führt er aus, sich damals beharrlich geweigert, dem Druck Stresemanns und der Volkspartei nachzugeben und die Deutschnationalen hereinzuziehen, weil ihm mehrere diplomatische Vertreter zu verstehen gegeben hätten, daß die Ernennung von Konservativen oder monarchistisch gesinnten Ministern die Lösung des sogenannten Sicherheitsproblems erschwert haben würde, oder mit anderen Worten, weil ein solcher Kurs nicht dazu angetan gewesen wäre, Frankreichs Angst vor einem Angriff seitens Deutschlands aus der Welt zu schaffen.

Hjalmar Schacht, der Präsident der Reichsbank, hielt vor dem Ueberseeclub in Hamburg eine bemerkenswerte Rede. Er wies darauf hin, daß am Ende der Inflationsperiode der Nationalreichtum Deutschlands und das Gesamteinkommen des Volkes um 40 Prozent geringer gewesen seien als früher, und daß besonders das flüssige Kapital außerordentlich hart durch den Umgestaltungsprozeß mitgenommen worden sei, fügte aber hinzu, daß mit der Stabilisierung der Währung sofort wieder eine Neubildung von Kapital eingesetzt habe, mit der Folge, daß heute für die Industrie und das Geschäftsleben wieder die Summe von 8 bis 9 Milliarden Goldmark zur Verfügung stehe, eine Summe, die sich nach und nach in den Sparbänken, in den Versicherungsgesellschaften und in den Schatzämtern angehäuft habe.

Die Reichsbank hat alle Markscheine einberufen, die vor Stabilisierung der Rentenmark ausgegeben worden sind. Die Inhaber können die Noten bis zum 5. Juni gegen das jetzige Dawesplan-Geld eintauschen und zwar zum Kurs, den die alte Mark bei ihrem Hinscheiden hatte, nämlich 1,000,000,000,000 Mark für eine Rentenmark. Vom Verfallstag an ist die alte Mark ganz wertlos. Die Verfügung macht der Spekulation, die noch immer mit dem alten Markgeld getrieben wurde, für immer ein Ende. Es hat nämlich immer noch Leute gegeben, welche die Papiermark in großen Mengen ankauften, da sie hofften, eines Tages möchten die Scheine doch noch einen gewissen Wert bekommen. Ein Begriff von der völligen Wertlosigkeit läßt sich vielleicht machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es der Tausendmarkscheine 40,000,000 bedurft hätte, um den Wert eines Cent zusammenzubringen.

Adolf Hitler, der im Jahre 1923 mit Ludendorff den berüchtigten Putsch inszenierte, hat einen Schadenersatzprozeß gegen Dr. Pittinger verloren. Pittinger hatte behauptet, daß die von Hitler geleitete Bewegung in Bayern mit französischem Gelde finanziert worden sei, aber der Anwalt des Angeklagten machte geltend, daß diese Beschuldigung nicht gegen Hitler persönlich gerichtet worden sei, sondern gegen die ganze von ihm geleitete nationalsozialistische Bewegung, und zwar auf Grund von Mitteilungen, welche der frühere Premier von Kahr von dem verstorbenen britischen Parlamentsmitglied Morel erhalten hatte. Während der Verhandlungen wurde Hitler wiederholt so erregt und sprach so laut, daß er vom Richter ermahnt werden mußte. Der Gerichtshof kam zu dem Befund, daß Pittinger unter den Umständen keinen Schadenersatz schuldig sei.

Anton Flettners Rotorschiff, die „Buckau", ist von Schottland sicher und wohlbehalten in Hamburg eingetroffen. Es war die längste Reise, die das Schiff, welches Rotortürme an Stelle der Segel benutzt und bei seinen Versuchsfahrten die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregte, bis jetzt zurückgelegt hat, und sie ist in jeder Beziehung erfolgreich gewesen und hat auf alle Fälle den Beweis erbracht, daß mit einer Erfindung von Bestand zu rechnen ist.

Oesterreich

Die Woge der Selbstvernichtung, welche der allgemeinen Not in Wien zugeschrieben wird, kam im Februar auf eine neue Höhe. Den Behörden wurden während des Monats 170 Selbstmorde berichtet.

Wien ist von einem Streik der Bäckergehilfen bedroht, die eine Lohnzulage von 10 Prozent fordern. Die Bäckermeister sind geneigt, die Lohnforderung zu bewilligen, falls die Regierung ihnen die benötigten Daten zur Berechnung der Brotpreise in der nahen Zukunft geben sollte. Dies wird indes von der Regierung verweigert, weil sie der Ansicht ist, daß eine „gesunde Konkurrenz" zwischen den Bäckern der Bevölkerung nur nützlich sein kann.

Die Eisenbahn-Reparaturwerkstätten und Anstreicheranlagen in St. Poelten wurden durch Feuer zerstört. Eingeschert wurden gleichzeitig 12 kürzlich fertiggestellte Pullman-Wagen, ein Salonwagen des Präsidenten von Oesterreich und 23 Passagierwagen. Der Schaden wird auf $250,000 geschätzt.

Schweiz

Bundeskanzler Adolf Steiger ist am 1. März plötzlich gestorben. Er stand im Alter von 66 Jahren. Der Verstorbene war im Jahre 1859 in Bern geboren. Er hatte auf den Universitäten Genf, Bern und Berlin die Rechte studiert und wirkte in den Jahren 1883 bis 1893 in Bern als Anwalt. Von 1893 bis 1899 bekleidete er das Amt eines Oberrichters und diente von 1900 bis 1918 als Stadtpräsident von Bern. Dann wurde er zunächst Vizekanzler der Eidgenossenschaft. Vom Jahre 1919 an war er Bundeskanzler.

Frankreich

Aus verschiedenen französischen Quellen wurde in Erfahrung gebracht, daß Vorschläge zum Abschluß eines gegenseitigen Paktes der Sicherheit und militärischer Garantien zwischen Deutschland und Frankreich an etwa zehn Tagen von Deutschlands Reichsaußenminister Dr. Stresemann Premier Herriot zugegangen sind. Diese Vorschläge sollen in ihrer Natur weitgehender sein, als der im Jahre 1922 von dem damaligen Reichskanzler Dr. Cuno unterbreitete Plan eines „Gottesfriedens". Der Plan ist, wie verlautet, von Dr. Stresemann auch den übrigen Alliierten zugesandt worden. Herriot hat angeblich dem Reichsaußenminister die Mitteilung zugehen lassen, er behalte sich die Antwort auf die deutschen Vorschläge vor, bis er Gelegenheit gefunden, mit den übrigen Alliierten in der Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Wie verlautet, ist in der deutschen Zuschrift keine Zeitgrenze des in Vorschlag gebrachten Paktes vorgesehen. Auch wird kein Unterschied gemacht zwischen Deutschlands westlicher Grenze am Rhein und den Grenzen gegen Polen und die Tschechoslowakei, noch wird der Möglichkeit eines Zurückgreifens auf den Krieg nach Abhaltung eines Plebiszits Erwähnung getan. Dagegen wird in Anregung gebracht, alle Kontroversen auf schiedsrichterlichem Wege zum Austrag zu bringen.

Frankreich opponierte seiner Zeit dem von Dr. Cuno in Vorschlag gebrachten „Gottesfrieden", weil der Plan keinerlei Garantien bezüglich Deutschlands Ostgrenze enthielt.

Die neuen deutschen Vorschläge waren in letzter Zeit, wie heute erklärt wurde, Gegenstand eraster Konversationen zwischen den Staatskanzleien der Alliierten. Das Geheimnis indes, welches die Ueberbringung dieser Vorschläge umgab, wurde streng gehütet, bis Premier Herriot am Freitag vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Erklärung abgab, Deutschland stehe im Begriff, die seinerzeit von Dr. Cuno gemachten Propositionen eines Garantienpakts am Rhein zu wiederholen, habe aber soweit keinerlei Andeutungen bezüglich seiner Grenzen gegen Polen, Tschechien und Oesterreich gemacht. Erst nach dieser Erklärung sickerten gewisse Einzelheiten über den angebotenen Pakt durch.

Während der Debatte, welche sich in der Kammer über die Forderungen des Kriegsministeriums für die Armee abspielte, kam die Tatsache an den Tag, daß Frankreichs Heer, die Kolonialtruppen eingeschlossen, heute immer noch 607,000 Mann zählt. Der Antrag des kommunistischen Abgeordneten Jean Renaud, daß die Armee auf 500,000 Mann reduziert werden sollte, wurde in der Kammer mit 406 gegen 36 Stimmen geschlagen.

England

Vorschläge von Deutschland über ein Sicherheitsabkommen, an dem es mit Frankreich, Belgien, Großbritannien und vielleicht Italien teilnehmen würde, werden in hiesigen politischen Kreisen günstig beurteilt und einer ernsten Erwägung für wert erachtet. Sie gelten als eine mögliche Grundlage zur Herbeiführung einer allgemeinen Versöhnung.

Rußland

Aus Moskau eingetroffenen Meldungen zufolge hat die russische Regierung, an deren Spitze Stalin steht, eine neue Politik eingeschlagen, in welcher mit den Lehren des Kommunismus gebrochen wird. Vier wesentliche Punkte sind es, die Stalin ins Auge gefaßt hat, nämlich:

1. Anerkennung des Privatkapitals.
2. Zusammenarbeiten der Regierung mit Kapitalisten zwecks Entwicklung der Industrie.
3. Bei Entwicklung Rußlands muß dem Kapital in liberaler Weise entgegengekommen werden.
4. Keine Beteiligung der Regierung an Privatunternehmen.

Dieses drastische Manifest Stalins, wodurch das Band mit den Kommunisten gelöst wird, kam nicht ganz unerwartet; bereits seit Monaten hat er danach gestrebt, sich zum Diktator über ganz Rußland aufzuwerfen. Stalin erkennt keine Partei an, sondern arbeitet aufgrund seiner eigenen Prinzipien. Er scheint von der Ansicht durchdrungen, daß sein Bestreben, das Kapital in der Welt sich dienstbar zu machen, seine Diktatur fördern wird. Um die Bauernschaft zu beruhigen, hat er diesen Freihandel gewährt und verfügt, daß die Regierung ihr Eigentum unangetastet lasse.

Seit Uebernahme des Höchstkommandos der Roten Armee hat der neue Kriegsminister Frunze, Nachfolger Leon Trotzkys, wiederholt in Ansprachen Rußland vor der Gefahr eines Angriffs ponseiten europäischer Mächte gewarnt und dringend eine Verstärkung der Bolschewiki-Heeresmacht befürwortet.

In einer Konferenz kommunistischer Mitglieder der Armee hat jetzt der neue Armeechef abermals erklärt, die derzeitige Heeresstärke von 560,000 Mann sei für Mobilmachungszwecke im Angriffsfalle unzureichend und eine Vermehrung der territorialen Streitkräfte sei daher notwendig. Der Kriegsminister betonte: „Unsere Rote Armee muß nicht allein als eine reguläre Armee betrachtet werden, sondern als eine bewaffnete Nation, jeden Augenblick bereit, die Waffen zu ergreifen und in den Kampf einzutreten. Wir müssen unsere Armee derart gestalten, daß die Heeresleitung zu jeder Zeit Millionen gut eingeübter Kämpfer auf das Schlachtfeld schicken kann."

Hinzufügend sagte Trotzkys Nachfolger, es sei unerläßlich notwendig, das Verhältnis zwischen den kommunistischen und den nichtkommunistischen Mitgliedern der Armee klar zu bestimmen. „Es ist verkehrt, zu meinen, wie es viele unserer Kommunisten tun, daß die Rote Armee sich von einem Kern von kommunistischen Offiziere leiten ließe. Wir müssen auch Offiziere aus den Klassen haben, die der Sowjetherrschaft und unserer Partei treu gesinnt sind. Die militärische Laufbahn muß allen Klassen offen stehen."

Die Hausbesitzer und Adeligen wurden von dem Rat der Volkskommissäre benachrichtigt, daß sie ihre Ländereien bis zum 1. Januar 1926 verlieren werden. Das heißt die letzten kläglichen Reste der Anhänger des alten Regimes auf. Das Dekret besagt ferner, daß die aus ihren Besitzungen vertriebenen Personen in entfernten Kolonien (Sibiriens) als Bauern angesiedelt werden sollen.

Zwei polnische Offiziere namens Tarnowsky und Gaidak, die von den Sowjetbehörden beschuldigt werden, Grenzverletzungen im Januar dieses Jahres angeordnet zu haben, wurden verurteilt, innerhalb 72 Stunden erschossen zu werden. Ein dritter Offizier beging Selbstmord, um der Russen nicht in die Hände zu fallen.

Finnland

Zweihunderttausend Finnlandierinnen werden in Lotta Sveard Klubs organisiert, d. h. Hilfsverbände der freiwilligen militärischen Verbände der Mannes. Sie sind in steter Ausbildung, um das stehende Heer im Notfall zu unterstützen. Die Frauen sind militärisch organisiert und beteiligen sich an den Uebungen der freiwilligen Abteilungen. Sie sollen für alle Aufgaben vorbereitet werden, zu welchen Frauen in Kriegszeiten befähigt sind. Während der Uebungen tragen die Frauen eine grüne Bekleidung und schlafen auf Stroh gleich den männlichen Freiwilligen, um sich an die Harten des Militärdienstes zu gewöhnen. Kurzzeit der Kämpfe zwischen den roten und weißen Streitkräften nach Errichtung der russischen Sowjetregierung tobte in Finnland ein erbitterter Bürgerkrieg. Bahnverbindungen waren Monate lang unterbrochen. Die ganze Bevölkerung war in einen Kampf verwickelt, welcher den Finnen viele Lehren in der modernen Kriegführung gab.

Polen

Die polnische Regierung hat, wie bekannt gegeben wurde, den Kontrakt mit einer französischen Firma über den Bau eines eigenen polnischen Hafens in Gdingen bei Danzig abgeschlossen, der für einen Schiffsverkehr von ungefähr 2,500,000 Tonnen eingerichtet sein soll. Gleichzeitig wird die Gründung der ersten polnischen Reedereien angekündigt, die unter Kontrolle der Regierung stehen und ein Aktienkapital von zwei Millionen Dollars haben soll. Sie wird regelmäßigen Verkehr mit England, Frankreich und den Mittelmeer-Ländern vermitteln.

Rumänien

Die rumänische Regierung hat beschlossen, ihren angedrohten Wirtschaftskrieg gegen Deutschland fallen zu lassen. Es heißt, deutsche Interessen hatten die Bukarester Regierung überzeugt, daß Deutschland unmöglich sich auf weitere Verbindlichkeiten einlassen könnte, selbst wenn zugegeben werden müsse, daß Rumänien unter dem Dawes-Plan keine hinlänglichen Entschädigungen für Kriegsverluste und die Einlösung der Kriegswährung erhalte. Repressalien würden beiden Seiten nur Schaden zufügen und Rumänien dürfte den deutschen Rat beholgen, nämlich eine höhere Entschädigungsrate von der Reparations-Kommission bewilligt zu erhalten zu suchen.

Türkei

Das türkische Kabinett hat resigniert. Später wurde berichtet, daß General Ismet Pascha, der frühere Premier, ein neues Partei-Kabinett bilden werde. Das im vorigen November gebildete Ministerium unter Fethi Bei hatte in der jüngsten Zeit mit sehr schwierigen Fragen sich zu befassen. Die Rebellion in Kurdistan machte ihm vor allen Dingen viel zu schaffen. Die Aufrührer unter Scheik Said forderten nicht nur ihre Unabhängigkeit, sondern beschlossen auch, das Kalifat wieder herzustellen, das von der Regierung in Angora abgeschafft worden war. Sie riefen Prinz Selim einen Sohn des früheren Sultans Abdül Hamid, zum König von Kurdistan aus und erließen eine Proklamation, worin es heißt: „Das Kalifat wartet Euer. Es gibt keinen Mohammedanismus ohne Kalifat. Die jetzige Regierung ist religionsfeindlich." Die Nationalisten versuchten durch militärische Maßnahmen die Insurrektion zu unterdrücken und es kam zu Kämpfen. Fethi Beis Regierung ist auch mit Griechenland über die Vertreibung des griechischen Patriarchen Konstantinos hart aneinander geraten. Griechenland hat an den Völkerbund appelliert und die Angelegenheit soll in der nächsten Woche vor den Völkerbundrat kommen.

Japan

Baron Schidehara, der Minister des Aeußeren, konstatierte im japanischen Herrenhause auf eine Anfrage, daß Japan bereit sei, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, sollte eine solche von Amerika einberufen werden. Japan möchte aber im voraus wissen, was auf der Konferenz zur Verhandlung kommen werde.

Moskau Regierung sucht Sinowjew über Bord zu werfen.

Die letzte Konferenz der Sowjetdiplomaten, die unter dem Vorsitz Tschitscherins kürzlich in Moskau tagte, hat sich hauptsächlich mit den chaotischen Zuständen befaßt, die in der Außenpolitik Sowjetrußlands herrschen. Bekanntlich wird in Rußland von zwei verschiedenen Behörden eine von einander vollkommen abhängige Außenpolitik betrieben.

Während Tschitscherin sich der althergebrachten Methoden europäischer Diplomatie bedient und sich bemüht, die noch bestehenden politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Rußland und Europa wie den Vereinigten Staaten auszugleichen, worin er von seinen fähigen und gewandten Vertretern in den Hauptstädten Westeuropas unterstützt wird, geht Sinowjew, der allmächtige Präsident der Nordischen Kommune und der Dritten Internationale, unbekümmert um die wichtigsten Interessen des russischen Staates, seine eigenen Wege, jagt immer noch dem Wahn der Weltrevolution nach, wirft bei allen sich ihm bietenden Gelegenheiten Bomben unter die Füße der offiziellen Sowjetdiplomatie und durchkreuzt bei wichtigen Anlässen die Pläne des Kremls.

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, man wolle in Moskau Sinowjew opfern, um die Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten zu erleichtern.